



## Grenada: Neue Wege zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Grenada: Neue Wege zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels  
Der karibische Inselstaat Grenada ist besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Bei der Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Anpassungsstrategie wird Grenada vom Bundesumweltministerium unterstützt. Im Beisein von Vertretern nationaler und internationaler Institutionen wird das Programm heute vom Premierminister Grenadas, Keith Mitchell, in der Hauptstadt St. Georges offiziell gestartet. Als Inselstaat in der Karibik muss sich Grenada als Folge des Klimawandels auf eine Zunahme von Extremwetterereignissen, wie Stürme, Fluten oder Starkniederschläge, sowie auf den Anstieg des Meeresspiegels vorbereiten. Die Verwundbarkeit ist derzeit sehr hoch: Im Jahr 2004 zerstörte beispielsweise Hurrikan Ivan fast 90 Prozent der Wohngebäude sowie Tourismuseinrichtungen und landwirtschaftliche Produktionsflächen. Ziel ist es deshalb, die Anpassungsfähigkeit der Bevölkerung und Ökosysteme an klimabedingte Risiken zu erhöhen. Neu ist der integrative, sektor übergreifende Ansatz: Statt nur punktuelle Maßnahmen umzusetzen, werden lokale Aktivitäten mit nationalen Maßnahmen sowie sektorspezifische Erfahrungen mit umfassenden Maßnahmenpaketen verknüpft. Die nationale Klimawandelkommission wird dabei beraten, systematische Risikoanalysen zu entwickeln. Dies soll ermöglichen, anfällige Küstenzonen des Landes "klimawandelsicherer" zu machen. Die Bevölkerung soll durch einen Gemeinschaftsfonds unmittelbar bei kleinräumigen Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Schließlich soll Grenada zur langfristigen Finanzierung von Anpassung befähigt werden. Ein Erfahrungsaustausch zu erfolgversprechenden Anpassungspraktiken in der Region soll ebenfalls gefördert werden. Das Bundesumweltministerium hat für die Zusammenarbeit 5 Millionen Euro zugesagt. Das Programm wird gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) umgesetzt. Weitere Informationen stehen auf der Webseite der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums zur Verfügung: <http://www.international-climate-initiative.com>.  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)  
Stresemannstraße 128-130  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 0 1888 305-0  
Telefax: 0 1888305-2016  
Mail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
URL: <http://www.bmu.de>

### Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

[bmu.de](http://bmu.de)  
[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

[bmu.de](http://bmu.de)  
[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.